

## Informationen aus dem NÖ Landtag



### **Landtagssitzung vom 19. November 2009**

Werte Leser der „Informationen aus dem NÖ Landtag“!

Um unsere Übersicht noch kompakter zu gestalten, haben wir direkt unter den Verlinkungen zu den Anträgen und Berichten die Abstimmungsergebnisse in Kurzform angegeben. Wir haben folgende Abkürzungen gewählt:

**V=ÖVP, S=SPÖ, F=FPÖ, G=Grüne, + steht für Zustimmung, - steht für Ablehnung des Antrages.**

Erster Tagesordnungspunkt war die aktuelle Stunde der ÖVP zum Thema **„Regionale Politik versus Zentrale Politik im Bereich des Verkehrs in Niederösterreich“**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/395/395.htm>

Klubobmann Waldhäusl wies in seiner Rede vor allem auf die allgemeine Problematik des öffentlichen Verkehrs in NÖ hin. Kritik übte er vor allem daran, dass der Streit zwischen ÖVP, SPÖ und ÖBB auf dem Rücken der Pendler ausgetragen wird. Jene Menschen die tagtäglich öffentliche Verkehrsmittel auf zum Weg in die Arbeit benötigen, wollen Lösungen und keine politischen Schuldzuweisungen. In Richtung der ÖVP sagte Waldhäusl dass es keine gute Optik macht, wenn sich die ÖVP hinstellt und sagt „Ich

kann`s zwar nicht besser, aber schuld sind die anderen!“. Seit Jahrzehnten wird eine Waldviertelautobahn gefordert, noch immer gibt es kein Konzept dazu. Er forderte die Volkspartei auf, ihre 54% Mehrheit dafür zu nutzen das Zusperrern von Nebenbahnen zu verhindern, als es, wie im Fall der Ybbstalbahn zu fördern. Der Klubobmann machte unmissverständlich klar, dass sich die FPÖ für den Erhalt der Nebenbahnen einsetzt und für keine weiteren Schließungen zur Verfügung steht. Das Verkehrskonzept von LR Heuras und der ÖVP bezeichnete er als „gescheitert“.

KO Stv. Königsberger kritisierte den Umstand, dass bei der heutigen Demonstration von Pro Bahn zur Erhaltung der Ybbstalbahn kein einziger ÖVP Politiker erschienen ist. Auch er sprach sich gegen einen politischen Streit auf dem Rücken der Pendler aus. Der Abgeordnete nützte die Gelegenheit, auf einige Missstände im öffentlichen Verkehr hinzuweisen. Neben einer vollkommen inkompetenten Fahrpreisauskunft bemängelte er auch die Tarifberechnung durch das Zonenmodell. Hier kommt es immer wieder zu den skurrilen Fällen, dass man etwa für eine kürzere Fahrstrecke über

mehrere Zonengrenzen mehr bezahlen muss, als für eine Fahrt, die an Kilometern länger ist, sich jedoch in der gleichen Zone befindet. „Dieser Verwaltungswahnsinn muss eingestellt werden um das Verkehrsmittel Bahn wieder attraktiv zu machen!“, sagte Königsberger. Weiters brach der Abgeordnete auch eine Lanze für die Ybbstalbahn und verwies auf das Betriebskonzept, dass bereits vorliegt „vernünftig aufgebaut ist und etwa 60 Arbeitsplätze schaffen würde“. Königsberger erklärte, dass der Abbau der Ybbstalbahn mehr kosten würde, als eine Sanierung der Strecke. Er forderte abschließend damit aufzuhören die Nebenbahnen weiter auszuhungern und vernünftige Gesamtkonzepte für Bahn und Bus zu liefern.

Als nächster Tagesordnungspunkt folgte eine aktuelle Stunde zum Thema **„Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik – Herausforderungen und Chancen für Niederösterreich“**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/396/396.htm>

LAbg. Huber erklärte dass es seitens der ÖVP unseriös ist, sich herzustellen,

von den Errungenschaften der ÖVP Wirtschaftspolitik zu sprechen und gleichzeitig eine derart hohe Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen. Huber legte Zahlen vor, aus denen hervorgeht, dass die Arbeitslosigkeit um 28,3% angestiegen ist und sich auch die Zahl der Personen in Schulung um 31,6% erhöht hat. Sehr trist ist die Situation bei der Jugendarbeitslosigkeit, die im Bereich von Personen zwischen 20-24 Jahren einen Anteil von 32,2% erreicht hat. 8% der jugendlichen Ausländer sind derzeit arbeitslos und stehen 5,5% der arbeitslosen jugendlichen Inländer gegenüber. Anhand dieser Zahlen forderte Huber daher ein Rückkehrangebot für Gastarbeiter nach dem Muster Spaniens.

Kritik übte Huber an der „Initiative 4000“ bei der Langzeitarbeitslose in Gemeinden beschäftigt werden sollen. „Das ist nur Augenauswischerei, das Land Niederösterreich streicht den Gemeinden die Bedarfszuweisungen und Ertragsanteile zusammen und erwartet gleichzeitig, dass sie neue Mitarbeiter einstellt! Die ÖVP betreibt nur Spatenstichpolitik, greifbare Projekte gibt es nicht!“.

Abschließend forderte Huber zusätzliche Anreize für Unternehmer Lehrlinge auszubilden und regt an, neue Arbeits-

plätze im Bereich „erneuerbare Energien“ zu subventionieren. Zusätzlich regte Huber an, jene Betriebe, die ausländische Arbeitskräfte beschäftigen zur Lehrlingsausbildung zu verpflichten!

Auch KO Waldhäusl kritisierte das Fehlen von Arbeitsplätzen für Jugendliche und sagte, dass die ÖVP mit ihrer Arbeitsmarktpolitik gescheitert ist. Er verwies darauf, dass einerseits viele Betriebe aufgrund der günstigeren wirtschaftlichen Situation bereits in den Osten abgewandert sind und andererseits viele ausländische Arbeitskräfte ins Land kommen. „Das führt zu dem Ergebnis, dass wir zwar eine hohe Zahl an Beschäftigten haben, aber trotzdem auch die Arbeitslosigkeit gestiegen ist. Die ÖVP ist aufgrund ihrer Untätigkeit mit schuld an der unkontrollierten Zuwanderung!“, sagt der Klubobmann. Waldhäusl hob abschließend hervor, dass sich die FPÖ in diesem Punkt von der ÖVP unterscheidet und sich nicht in den Kreis der Sonntagsredner einreicht.

Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zum

- **Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. betreffend Änderung der NÖ Landesverfassung 1979**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/01/163/163.htm>

*V+, S+, F+, G+ angenommen*

- **Bericht der Landesregierung betreffend Tätigkeitsbericht der NÖ Kinder & Jugend Anwaltschaft für den Zeitraum 1. Juli 2007 bis 30. Juni 2009 nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/391/391.htm>

*V+, S+, F+, G+ angenommen*

- **Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Cerwenka, Waldhäusl u.a. betreffend Änderung des NÖ Parteienförderungsgesetzes**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/01/135/135.htm>

*V+, S+, F+, G+ angenommen*

KO Waldhäusl bezeichnete dabei die Neuregelung bei der Wahlkampfkostenrückerstattung sowie die Abschaffung des Losentscheids bei Wahlen von Landesräten oder Landtagspräsidenten als sinnvolle Maßnahme. Auch für die Aufnahme der Kinderrechte in die Landesverfassung bezeichnete Waldhäusl als sehr wichtig und kündigte die Zustimmung der FPÖ an.

LAbg Huber begrüßte den Bericht der Jugendanwaltschaft und sprach dabei von einem „sensiblen Bereich“. Er verwies in diesem Zusammenhang auf das Behördenversagen in Amstetten und strich heraus, dass Kinderrechte das höchste Gut unserer Verfassung und daher sehr wichtig sind. Kritik übte Huber am Verein Jugendinfo, der seine Homepage mit einem Link zur Seite [www.junx.at](http://www.junx.at) verlinkt hat, auf der man auf eindeutig homosexuell-pornografische Dinge stößt. Er forderte dazu eine Rechtfertigung von Jugendlandesrat Heuras und sagte, dass man dieser Angelegenheit noch weiter auf den Grund gehen müsse.

Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zum

- **Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Bader u.a. betreffend Erlassung eines NÖ Hundehaltegesetzes**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/412/412.htm>

*V+, S-, F-, G- angenommen*

- **Antrag mit Gesetzentwurf gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. betreffend Änderung des NÖ Hundesteuergesetzes 1979**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/412-1/412-1.htm>

*V+, S-, F-, G- angenommen*

- **Antrag mit Gesetzentwurf gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Schneeberger u.a. betreffend Änderung des NÖ Hundehaltegesetzes**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/412-2/412-2.htm>

*V+, S-, F-, G- angenommen*

- **Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Bader u.a.**

## **betreffend Änderung des NÖ Polizeistrafgesetzes**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/411/411.htm>

*V+, S-, F-, G- angenommen*

KO Stv. Königsberger sprach sich im Zuge seiner Wortmeldung klar gegen den vorliegenden Gesetzesentwurf aus. Anhand einer Studie erklärte der Abgeordnete, dass man das Gefährlichkeitspotential eines Hundes nicht an seiner Rasse, sondern lediglich am gefährlichen Einzelindividuum festmachen kann. Aus diesem Grund gäbe es daher bereits eine Unterschriftenplattform die binnen weniger Tage rund 7000 Unterschriften gegen diesen ÖVP Entwurf gesammelt hat. Königsberger erklärte, dass die bisherigen Regelungen im Polizeistrafgesetz genügend Möglichkeiten einräumen, gegen gefährliche Tiere bzw. ihre Halter vorzugehen. Der Abgeordnete zählte eine Reihe von ungelösten Problemen im neuen Hundehaltungsgesetz auf und bezeichnete dieses als einen politischen Hüftschuss. So ist etwa nicht geregelt, wer nach dem neuen Gesetz damit beauftragt wird die Rassenzugehörigkeit eines Hundes festzulegen

bzw. zu beurteilen ob ein Hund gefährlich ist oder nicht. Eben so wenig ist auch geregelt, wer haftet, wenn ein Hund dann trotzdem beißt. Schlussendlich bleibt die ÖVP auch die Antwort dazu schuldig, was mit abgenommenen Hunden weiter passieren soll bzw. wer die Kosten für die Unterbringung des Tiers tragen soll. Königsberger kündigte abschließend daher an, dass die FPÖ diesem Polit-Schnellschuss nicht zustimmen wird.

KO Waldhäusl wies im Zuge seiner Ausführungen ebenfalls auf die Unzulänglichkeiten des Gesetzes hin, zeigte aber dennoch auch Verständnis für den emotionalen Hintergrund in dieser Angelegenheit. Dennoch konnte er auch nach eindringlicher Begutachtung des Gesetzestextes keinerlei Regelungen finden, die der Sache, Hundebisse zu verhindern, dienlich sind, im Gegenteil es ist mit Verschlechterungen verbunden. Heftige Kritik übte Waldhäusl an der Passage, in der eine Erhöhung der Hundeabgabe bis zum zehnfachen des heutigen Betrages. „Hier will sich die ÖVP auch noch ein Körbergeld machen und die Bürger gnadenlos abzocken!“. Er kündigte daher ein klares FPÖ Nein zu diesem Entwurf an und sprach sich auch dagegen aus, das

Gesetz in den Ausschuss zurückzuverweisen. „Dieses Gesetz ist ein politischer Schnellschuss und deshalb appelliere ich an LH Pröll rational zu urteilen und das Gesetz per Verordnung abzuändern. Wir sind jedoch jederzeit dazu bereit, entsprechende Regelungen im Polizeistrafgesetz zu verschärfen!“, schloss Waldhäusl.

KO Waldhäusl kündigte an, dass die FPÖ den Anträgen zur Verfolgung von grauen Importen und Kofferraumverkäufe von Hundewelpen zustimmen wird. Einen Antrag betreffend „Beseitigung von Unklarheiten im Tierschutzrecht“ wies Waldhäusl zurück, da er offenbar formal falsch eingebracht wurde. Er bot aber an, dass sich das Büro von LR Rosenkranz für die Reparatur dieses Antrages zur Verfügung stellt.

Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zum

- **Bericht der Landesregierung betreffend Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich für das Jahr 2008**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/375/375.htm>

*V+, S+, F-, G+ angenommen*

- **Bericht der Landesregierung betreffend NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds; Bericht über die Gebarung und Tätigkeit im Jahre 2008**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/376/376.htm>

*V+, S+, F+, G+ angenommen*

- **Bericht der Landesregierung betreffend Bericht über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der NÖ Land- und Forstwirtschaftsinspektion im Jahre 2008**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/377/377.htm>

*V+, S+, F+, G+ angenommen*

- **Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Flurverfassungs-Landesgesetzes 1975 (FLG)**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/406/406.htm>

*V+, S+, F-, G+ angenommen*

- **Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Güter- und Seilwege-Landesgesetzes 1973**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/407/407.htm>

*V+, S+, F+, G+ angenommen*

- **Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Jagdausschuß-Wahlordnung**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/414/414.htm>

*V+, S+, F+, G+ angenommen*

LAbg. Schwab wies in seiner Rede darauf hin, dass die Verunsicherung innerhalb des Bauernstandes sehr groß ist. Er führte dies auf eine verfehlte Agrarpolitik des Bauernbundes zurück und kritisierte vor allem, dass man sich immer weiter vom Konzept der flächendeckenden Landwirtschaft entfernt. Schwab führte aus, dass der Bauernstand mittlerweile sehr überaltert ist und warnte davor diese Entwicklung zu ignorieren. „Hier bedarf es einer nachhaltigen Weichenstellung“. Der Abgeordnete erklärte dass es Bereiche in der Landwirtschaft gibt, die sich vorbildlich entwickelt haben und

nannte den Weinbau. Im Bereich der Milchwirtschaft habe man allerdings zur Gänze versagt. Besondere Sorgen macht sich Schwab über den massiven Einkommensrückgang in der Landwirtschaft. „Während die Kosten für die Betriebsmittel immer höher werden, erhalten die Bauern für ihre Produkte immer weniger. Die Verhältnisse stimmen einfach nicht mehr zusammen. Darauf führt er auch den Rückgang der Bauern mit Tierhaltung um 17% und bei den Milchbauern sogar um 31,5% zurück. Da sich aufgrund dieser Begleitumstände auch die soziale Situation der Landwirte laufend verschlechtert, brachte der Abgeordnete einen Antrag zur sozialen Absicherung dieses Berufsstandes ein. (im Anhang, der Antrag wurde von der ÖVP abgelehnt)

Klubobmann Waldhäusl verwies bei seiner Wortmeldung auf die vielseitigen Möglichkeiten der Landwirtschaft. Er betonte, dass sich auch die Landwirtschaft neu orientieren muss und ortet vor allem in der Produktion von Energie hohes Potential. „Solange unsere Landwirte die Flächen noch besitzen und selbst darüber bestimmen können haben sie die Möglichkeit diese Nische zu besetzen. Diese Chance

zu nutzen ist das Gebot der Stunde!“. Abschließend wies auch Klubobmann Waldhäusl auf die Probleme in der sozialen Absicherung der Landwirte hin und brachte einen Antrag ein, der zum Ziel hat, bei einem Todesfall die Pension des Sterbemonates nicht mehr zurückzahlen zu müssen. (im Anhang, der Antrag wurde von der ÖVP abgelehnt)

Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zum

- **Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Jahresumweltbericht 2009 und NÖ Klimaprogrammbericht 2004-2008**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/372/372.htm>

*V+, S+, F+, G- angenommen*

- **Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Naturschutzgesetzes 2000 (NÖ NSchG 2000)**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/415/415.htm>

*V+, S+, F+, G- angenommen*

LAbg. Sulzberger wies in seiner Wortmeldung zum Jahresumweltbericht auf das schlechte Zeugnis der EU hin, das Niederösterreich aufgrund seiner CO<sub>2</sub> Bilanz ausgestellt bekommen hat. Der Abgeordnete forderte eine stärkere Bewusstseinsbildung in diesem Zusammenhang ein und erklärte, dass es wichtig ist, jetzt nachhaltige Aktivitäten für die Zukunft zu setzen. Vorsicht ist laut Sulzberger auch im Umgang mit unserem Boden geboten. Die Landwirtschaft muss hier im Einklang mit der Natur funktionieren um das Auslaugen der Erde zu verhindern. Abschließend brachte Sulzberger einen Antrag ein, der die Erweiterung des Steinbruchs von Paudorf verhindern soll. (im Anhang, der Antrag wurde von der ÖVP abgelehnt)

Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zum

- **NÖ Energiebericht 2008 - Bericht über die Lage der Energieversorgung in Niederösterreich**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/343/343.htm>

*V+, S+, F-, G- angenommen*

LAbg. Sulzberger erklärte in seiner Rede das komplexe Verhältnis von Energieverbrauch und CO2 Belastung. In diesem Zusammenhang regte Sulzberger ein Umdenken und größere Investitionen im Bereich erneuerbare Energie, wie etwa Fotovoltaik an. Abschließend kündigte der Abgeordnete an, dass die FPÖ dem Bericht nicht zuletzt wegen der ungerechtfertigten Energiepreise der EVN ablehnen wird.

Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zur **Landes-Finanzsonderaktion - Allgemein; Änderung der Haftungsermächtigung**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/405/405.htm>

*V+, S+, F+, G+ angenommen*

Als nächster Tagesordnungspunkt folgte die Abstimmung **zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Gesetzes über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/408/408.htm>

*V+, S+, F+, G+ angenommen*

Als nächster Tagesordnungspunkt folgte die Abstimmung zum **Dringlichkeitsantrag betreffend Situation an den österreichischen Hochschulen**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/423/423.htm>

*V-, S+, F-, G+ abgelehnt*

LAbg. Huber äußerte Verständnis für die Probleme an den Universitäten und signalisierte, dass es in manchen Bereichen zu Verbesserungen kommen muss. Im Hinblick auf die derzeit stattfindenden Demos an den Universitäten sagte Huber jedoch, dass es ein falsches Signal wäre, sich mit Berufsdemonstranten aus Deutschland zu solidarisieren. Die FPÖ wird daher dem Dringlichkeitsantrag nicht zustimmen.

Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung über die Beantwortung der **Anfrage des Abgeordneten Ing. Huber an Landesrat**

**Mag. Heuras betreffend Internetauftritt Jugendinfo**

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/393/393.htm>

*V-, S-, F+, G+ abgelehnt*

LAbg. Huber wies darauf hin, dass es nicht sein könne, dass der zuständige LR keine Einflussmöglichkeit auf die Verlinkungen auf der Homepage des Vereins Jugendinfo NÖ hat. Bei der Verlinkung mit der Plattform junx.at werden Jugendliche mit homosexuell-pornografischen Inhalten konfrontiert, die nicht im Sinne des Jugendreferates sein können. Er stellte daher den Antrag diese Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis zu nehmen.

*Ende der Sitzung 23.40h*